



## Aktuell

### **Endlich die notwendigen politischen Entscheidungen treffen! Sicherheitsbehörden brauchen Phase der Konsolidierung**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

nahezu täglich werden Sicherheitsbehörden in Deutschland und in Hessen mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die sie zusätzlich zu ihrem „Alltagsgeschäft“ bewältigen müssen. Egal, was auch immer passiert, es wird der Ruf nach einer Bewältigung durch die Sicherheitsbehörden allgemein und der Polizei zuerst laut.

Wenn -wie dieser Tage- der Terror und die Amokläufe in immer kürzeren Abständen immer näher kommen, wird der Ruf umso lauter.

Dabei wird in den meisten Debatten verkannt, dass das, was wir heute zu unserem Alltag zählen, auf eine langjährige Entwicklung zurück geht, die von den Sicherheitsbehörden weder verursacht wurde, noch verändert werden kann.

#### **Heutige Verhältnisse gehen auf eine langjährige Entwicklung zurück**

Am 11. September 2001 hat sich die Welt erheblich verändert. Es ist das Datum, an dem nach meiner Einschätzung mit einem sehr symbolträchtigen Akt der „Glaubenskrieg“ ausgerufen wurde. An diesem Tag ist öffentlichkeitswirksam ein Damm gebrochen.

Wir haben schon damals, unmittelbar nach dem 11.9.2001, darauf hingewiesen, dass es fortan nicht mehr in Frage steht, ob es auch in Deutschland zu einem islamistischen Terroranschlag kommen wird, sondern nur noch wann und wo.

Das hat man damals in das Reich der Fabeln verwiesen.

Heute stellt niemand mehr unsere Prognose von damals in Frage.

#### **Verfestigung von staatsfeindlichen Islam-Strukturen wurde zugelassen**

In der Zwischenzeit ist sehr viel versäumt worden, was dringend notwendig gewesen wäre. Im blinden Vertrauen hat man zugelassen, dass sich bei uns muslimische Strukturen gebildet haben, die gezielt die Abschaffung unserer Werte, unserer Gesellschaftsordnung und das Zurückdrängen anderer Religionen als des Islam zum Ziel haben.

So darf bspw. die Demo jüngst in Köln, die zeigte, wie weit Erdogans Arm nach Deutschland reicht, als Zeitzeugnis gelten.

Unterdessen zielt sich das Hessische Kultusministerium bislang, den Einfluss des türkischen Ministerpräsidenten aus unseren Klassenzimmern zu verbannen und lässt stattdessen weiter islamischen Religionsunterricht durch Ditib erteilen.

Auch hier wird wertvolle Zeit vergeudet, die später nicht mehr zur Verfügung steht.

#### **Terrorismus, Internetkriminalität und offene Grenzen in Europa als zentrale (zusätzliche) Herausforderungen nach der Jahrtausendwende**

Schon bald danach haben wir Terrorismus, Internetkriminalität und Kriminalität durch offene Grenzen in Europa als die drei großen Herausforderungen für die Sicherheitskräfte in den nächsten Jahren bezeichnet.

V.i.S.d.P.: Heini Schmitt

DPoIG -Landesverband Hessen-, Otto-Hesse-Str. 19 T/3, 64293 Darmstadt; Tel. 06151 / 2 79 45 00; Fax 06151 / 2 79 45 02

Email: [kontakt@dpolg-hessen.de](mailto:kontakt@dpolg-hessen.de) Homepage: [www.dpolg-hessen.de](http://www.dpolg-hessen.de)

Bankverbindung: BBBank Karlsruhe / IBAN DE29 6609 0800 0004 3784 90 / BIC GENODE61BBB



Als 2004 die große EU-Osterweiterung mit dem Beitritt von gleich zehn Staaten anstand, haben wir vor den Folgen der wegfallenden Grenzkontrollen in diesem Ausmaß gewarnt. Die Warnungen sind ignoriert worden. Man könne das Sicherheitsdefizit als Folge wegfallender Grenzkontrollen durch zusätzliche Kontrollen im Binnenbereich ausgleichen, hat man uns damals erzählt.

Dafür hat es nie zusätzliches Personal gegeben. Von dem damals hochgerechneten Bedarf an rund 80.000 Mann bundesweit ist nie jemand angekommen.

Allein an den explodierenden Zahlen des Wohnungseinbruchs können wir beispielhaft erkennen, wie sehr die Philosophie der verantwortlichen Politiker versagt hat.

Selbst Terroristen fahren heute in Europa ungehindert von Land zu Land, verüben ihre bestialischen Anschläge und kehren (wenn sie nicht selbst zu Tode gekommen sind) ungehindert in ihren Unterschlupf (den es als Folge völlig fehlgeschlagener Integration tatsächlich gibt) zurück.

Während es eine zentrale Idee der EU war, den Frieden der Länder untereinander zu sichern, haben wir heute die Probleme in den einzelnen Staaten selbst. Die Gesellschaften drohen anhand ihrer unterschiedlichen Kulturen, Wertvorstellungen und Glaubenszugehörigkeiten auseinander zu fallen, zumindest entfernen sich die einzelnen Gruppen zusehends voneinander.

Aktuelle Umfragen unter den in Deutschland lebenden Muslimen zeigen deutlich auf, dass sich schon heute etwa die Hälfte von ihnen im Zweifel ihrem Glauben mehr verbunden fühlen als unseren westlichen Werten!

Der türkische Staatspräsident gibt sinngemäß die Anweisung an seine Landsleute bei uns: „Habt auch einen deutschen Pass, bleibt aber Türken!“

Da werden diejenigen türkischstämmigen Bürger unter uns, die sich wirklich integrieren wollen, mehr und mehr zur Minderheit unter ihren Landsleuten.

Die Erweiterung der EU ging viel zu schnell, war nie genügend vorbereitet, sondern eher dem Ziel der Schaffung politischer Denkmäler untergeordnet.

Es wurde „auf Sicht gefahren“ nach dem Motto: „Augen zu, und durch!“.

War es wirklich nicht vorherzusehen, dass erhebliche Wohlstandsgefälle zwischen den einzelnen Staaten sich bei offenen Grenzen auch in zusätzlicher Kriminalität auswirken?

War es wirklich nicht vorherzusehen, dass extreme Unterschiede in der Ausgestaltung der staatlichen Strukturen und Rechtssysteme viele Jahre der Harmonisierung bedurft hätten, die aber vorher –vor der Erweiterung der EU- hätte stattfinden müssen?

Dass bis heute ein EU-Beitritt der Türkei immer noch ernsthaft diskutiert wird, muss einen bis ins Mark erschüttern. Was soll diese verlogene Debatte, die Neudeutsch ja eher unter dem Begriff „Realpolitik“ firmiert?

Das Thema Internetkriminalität hat da den Sicherheitsbehörden als „unerwünschte Begleiterscheinung“ gerade noch gefehlt.

Vom Kleinbetrüger über den Waffenhändler bis zum Terroristen bietet das Internet ungeahnte Möglichkeiten. Und die Sicherheitsbehörden müssen angesichts der täglich neuen Erscheinungsformen zwangsläufig kapitulieren. Es ist ein hoffnungsloses Hinterherrennen, das nur durch vollmundige politische Statements öffentlich als scheinbar beherrschbar dargestellt wird. Dabei sind die wirklich großen Szenarien (Zugriff von Terroristen auf Versorgungssysteme, auf Kernkraftwerke, auf Rechner von Streitkräften) ja noch nicht einmal vorgekommen.

V.i.S.d.P.: Heini Schmitt

DPoIG -Landesverband Hessen-, Otto-Hesse-Str. 19 T/3, 64293 Darmstadt; Tel. 06151 / 2 79 45 00; Fax 06151 / 2 79 45 02

Email: [kontakt@dpolg-hessen.de](mailto:kontakt@dpolg-hessen.de) Homepage: [www.dpolg-hessen.de](http://www.dpolg-hessen.de)

Bankverbindung: BBBank Karlsruhe / IBAN DE29 6609 0800 0004 3784 90 / BIC GENODE61BBB



**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

Landesverband Hessen



Und dann, im vergangenen Jahr das, was sich angesichts weltweit zunehmender Krisen längst abzeichnete:

Ein Flüchtlingsstrom, der gnadenlos aufzeigte, dass in der EU schon die grundsätzlichen Instrumentarien nicht einmal ansatzweise funktionieren: von wegen Schengen-Abkommen, von wegen Dublin-Abkommen...

Schon in November 2013 habe ich anlässlich des Landeskongresses der DPoIG Hessen im südhessischen Bensheim darauf hingewiesen, dass nicht nur die weitere Öffnung der EU für Rumänien und Bulgarien ein Fehler sei, sondern dass bei damals noch vergleichsweise sehr geringen Flüchtlingszahlen weder die Sicherung der Schengen-Außengrenzen, noch das Dublin-Abkommen funktionieren.

Es war nicht überraschend, dass etwas, das schon bei geringen Flüchtlingszahlen nicht funktioniert, erst recht nicht funktionieren kann, wenn die Zahlen dramatisch ansteigen!

Für diese Aussagen bin ich damals in die „rechte Ecke“ gestellt worden.

Keine zwei Jahre später wurde ich auf traurige Weise bestätigt, wobei man fast schon feststellen kann, dass Bulgarien und Rumänien nur noch das „i-Tüpfelchen“ auf dem Ganzen waren.

Zuwanderung führt, wenn sie nicht straff gesteuert und kontrolliert ist, zwangsläufig ins Chaos.

Das Aufeinandertreffen höchst unterschiedlicher Kulturen und Wertvorstellungen kann nur gelingen, wenn die Interessen des Empfängerstaates absolut im Vordergrund stehen und wenn es sich insgesamt um so wenige Menschen handelt, dass ohne jede Diskussion von vornherein klar ist, wer sich wem anzupassen hat.

Wir sind auf dem besten Weg, die in rund 70 Jahren mühsam und erfolgreich erarbeiteten Strukturen und Institute unserer Gesellschaft aufs Spiel zu setzen.

Vielen Menschen fehlt mittlerweile die Orientierung, viele Menschen haben Ängste, verlieren das Vertrauen in den Staat und fühlen sich in unserer Gesellschaft nicht mehr heimisch. Das bestätigen entsprechende Umfragen und die seit der Silvesternacht ausgeprägte Tendenz, Bürgerwehren zu bilden und sich zu bewaffnen.

Gerade beim Zustrom der Flüchtlinge im vergangenen Jahr muss man zwangsläufig auf einen weiteren, sicherheitspolitisch fatalen Fehler zu sprechen kommen:

Auf den Satz der Bundeskanzlerin „*Wir schaffen das!*“ und die daraus resultierende Verfahrensweise im Umgang mit den zu uns strömenden Flüchtlingen.

Bei allem Respekt vor dem Amt und vor den unbestrittenen, enormen Leistungen der Bundeskanzlerin sage ich dennoch: Das hat der inneren Sicherheit in Deutschland einen Bärendienst erwiesen.

Nach der Verkennung der Entwicklung nach der Jahrtausendwende, nach der blauäugigen EU-Osterweiterung, nach dem nur auf dem Papier funktionierenden Schengen- und Dublin-Abkommen war die nach dem berühmten Satz der Kanzlerin geübte Verfahrensweise im Umgang mit den zu uns strömenden Flüchtlingen der bislang letzte, grobe sicherheitspolitische Fehler!

Warum nur ist außer Horst Seehofer niemand auf der politischen Bühne bereit, das öffentlich auszusprechen?

V.i.S.d.P.: Heini Schmitt

DPoIG -Landesverband Hessen-, Otto-Hesse-Str. 19 T/3, 64293 Darmstadt; Tel. 06151 / 2 79 45 00; Fax 06151 / 2 79 45 02

Email: [kontakt@dpolg-hessen.de](mailto:kontakt@dpolg-hessen.de) Homepage: [www.dpolg-hessen.de](http://www.dpolg-hessen.de)

Bankverbindung: BBBank Karlsruhe / IBAN DE29 6609 0800 0004 3784 90 / BIC GENODE61BBB



**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

Landesverband Hessen



Man müsse flexibel sein angesichts der großen Flüchtlingszahlen, sagte die Kanzlerin sinngemäß. Es war der Freibrief für hundertausendfache, illegale Einreise in die EU und –vor allem- nach Deutschland.

Die Vorstellung, dass alle Menschen, die, von wo auch immer auf dieser Welt, zu uns strömen, nur in besten Absichten handeln, ist an Realitätsferne nicht zu überbieten.

Die Erkenntnis, dass in welcher Gesellschaft auch immer, ein gewisser Anteil der Menschen zur Delinquenz neigt, darf als gesichert gelten.

Angesichts dessen ist die Erwartung, dass Fremde, die zu uns kommen, allesamt rechtstreu sind und sein werden, durch nichts zu rechtfertigen.

Selbstverständlich haben wir nie behauptet, dass alle Zuwanderer, alle Flüchtlinge, die zu uns strömen, mehr als alle schon bisher in Deutschland lebenden Menschen zu Straftaten neigen.

Aber wir haben davor gewarnt, dass wir –selbstverständlich- durch Zuwanderung **zusätzliche Kriminalität zu der bisher bei uns schon vorhandenen** bekommen werden, nämlich in Form der Menschen unter den Zuwanderern und Flüchtlingen, die delinquent sind.

Und, ja, neben dem Märchen, das uns zu Anfang von so vielen Politikern und Medienvertretern erzählt wurde, wonach fast alle Flüchtlinge hochqualifiziert sind, ist auch der Traum, dass Flüchtlinge allesamt nur in bester Absicht zu uns kommen, für uns schon ausgeträumt gewesen, bevor er begonnen hatte.

Unter den „Flüchtlingen“, die zu uns kommen, sind nicht nur Terroristen, nicht nur traumatisierte, brandgefährliche psychisch Kranke, sondern auch sexuelle Nötiger, Vergewaltiger, Körperverletzer, Räuber, Diebe, Rauschgifthändler, Betrüger, usw. usw..

Und viele unter ihnen denken nicht im Traum daran, jemals unsere Werteordnung anzuerkennen.

Darauf will ich hinaus: Nicht, dass alle Menschen, die zu uns kommen, Straftäter sind. Sondern darauf, dass –egal, was auch immer von außen auf uns einströmt- **zusätzliche** Herausforderungen für unsere Sicherheitskräfte bedeutet, die ohnehin schon seit Jahren sprichwörtlich auf dem Zahnfleisch gehen.

Skandalös war auch eine von niemandem geforderte und zudem völlig weltfremde, öffentlich geäußerte Einschätzung des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, wonach Terroristen selbstverständlich niemals die beschwerlichen Flüchtlingsrouten auf sich nehmen würden, um in die EU einzureisen.

Solche Äußerungen von solch hochrangigen Politikern machen allzu deutlich, wie wenig sicherheitspolitische Überlegungen auf der großen Bühne eine Rolle spielen und wie weit wir davon entfernt sind, erst die Fragen der Sicherheit zu klären und dann die restlichen politischen Entscheidungen zu treffen.

Es gibt wohl kaum einen traurigeren Beweis als die neueren Anschläge in Frankreich und Belgien für die Tatsache, dass diese damalige „Bewertung“ von Junker absoluter Blödsinn war.

Dass die Bundeskanzlerin noch Ende Juli ihre Haltung in der Flüchtlingsfrage sogar noch einmal bekräftigt hat, ist der nächste große Fehler, der auch durch die Vorlage eines 9-Punkte-Programms, das jeden politischen Mut vermissen lässt und in der Realität praktisch keine Veränderungen bringen wird, nicht aus der Welt geschafft werden kann.

V.i.S.d.P.: Heini Schmitt

DPoIG -Landesverband Hessen-, Otto-Hesse-Str. 19 T/3, 64293 Darmstadt; Tel. 06151 / 2 79 45 00; Fax 06151 / 2 79 45 02

Email: [kontakt@dpolg-hessen.de](mailto:kontakt@dpolg-hessen.de) Homepage: [www.dpolg-hessen.de](http://www.dpolg-hessen.de)

Bankverbindung: BBBank Karlsruhe / IBAN DE29 6609 0800 0004 3784 90 / BIC GENODE61BBB



Im Ergebnis wurde der 'Schwarze Peter' wieder den Sicherheitsbehörden zugeschoben.

Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei steht auf tönernen Füßen; es hat von Anfang an nicht so wie vereinbart funktioniert.

Es wurde mit einem Staatschef vereinbart, der anerkanntermaßen die Missachtung der Menschenrechte und die Ausschaltung politischer Gegner ohne jedes rechtsstaatliche Verfahren zum System erklärt hat.

Es wird erkauf –jetzt sind wir wieder beim Begriff der „Realpolitik“– mit Zugeständnissen, die niemals gemacht werden würden, wenn es in der EU oder in Deutschland einen funktionierenden Plan gäbe.

Es wird erkauf mit dem Festhalten an den Beitrittsverhandlungen der Türkei zur EU, es wird erkauf mit dem konsequenten Verschließen der Augen vor den skandalösen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, erst recht nach dem Putschversuch, von dem ich immer noch nicht glauben mag, dass er nicht inszeniert war (das ist aber eine rein persönliche Einschätzung).

Es wird erkauf mit dem Ertragen zwischenstaatlicher Unverschämtheiten seitens Erdogans, die wir uns noch vor wenigen Wochen nicht vorzustellen vermochten.

Es wird erkauf mit der Debatte um die Visa-Freiheit für die türkischen Staatsbürger, was der nächste sicherheitspolitische Fehler für Deutschland wäre!

Derzeit zeigt sich die EU in dieser Frage gegenüber der Türkei und der Öffentlichkeit verbal noch konsequent und kompromisslos, nach dem Motto: „Es gibt keine Visa-Freiheit, wenn die Türkei nicht alle Bedingungen (Gesetze zur Terrorismus-Bekämpfung) erfüllt!“

Warum nur fehlt mir auch hier der Glaube?

Warum nur äußere ich den Verdacht, dass die Visa-Freiheit kommen wird, obwohl die Türkei die Bedingungen nicht erfüllen wird?

Und überhaupt:

Seit dem Flüchtlingsabkommen mit der Türkei tun plötzlich alle so, als würde das Flüchtlingsthema für Deutschland beherrscht.

Das, was seit dem Abkommen in der Türkei und in Griechenland geschieht, hätte zur Hochzeit des Flüchtlingsaufkommens nach Deutschland alle Menschenrechtler auf die Barrikaden getrieben.

Als Horst Seehofer gefordert hat, dass wir im Bereich der Grenzen zu Deutschland solche Lager bauen, um vor Einlass der Flüchtlinge nach Deutschland die entsprechenden Fragen zu klären, wurde er öffentlich an den Pranger gestellt.

Ganz sicher wären solche „Lager“ im Bereich der deutschen Grenzen um ein Vielfaches humaner gewesen, als das, was jetzt im Rahmen des Abkommens mit der Türkei geschieht.

Es muss ernsthaft in Betracht gezogen werden, dass schon in wenigen Tagen oder Wochen das Abkommen ganz gebrochen wird und wir wieder mit viel mehr Flüchtlingen rechnen müssen. Und auch darauf sind wir nicht genügend vorbereitet.

Doch warum schreibe ich das alles?

Ist das nicht ein viel zu politischer Artikel?

Nein, ist er nicht.

V.i.S.d.P.: Heini Schmitt

DPoIG -Landesverband Hessen-, Otto-Hesse-Str. 19 T/3, 64293 Darmstadt; Tel. 06151 / 2 79 45 00; Fax 06151 / 2 79 45 02

Email: [kontakt@dpolg-hessen.de](mailto:kontakt@dpolg-hessen.de) Homepage: [www.dpolg-hessen.de](http://www.dpolg-hessen.de)

Bankverbindung: BBBank Karlsruhe / IBAN DE29 6609 0800 0004 3784 90 / BIC GENODE61BBB



**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

Landesverband Hessen



Die Fehleinschätzung der Situation seit der Jahrtausendwende, die EU-Erweiterung, die damit zusammen hängenden weggefallenen Grenzkontrollen, der Terrorismus, die Internetkriminalität, all' das hat zuallererst Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden und die Gefahrenabwehrbehörden neben den Auswirkungen auf jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger.

Deshalb schreibe ich diesen scheinbar sehr politischen Artikel:

Wenn die Dinge völlig aus dem Ruder laufen, nach Amokläufen, nach terroristischen Anschlägen, wird öffentlich der Ruf nach den Sicherheitsbehörden laut.

Dabei wird verschwiegen, dass die Sicherheitsbehörden die Folgen falscher politischer Entscheidungen niemals verhindern können. Die Behörden können nur in einem sehr begrenzten Umfang bspw. potenzielle Attentäter beobachten. Keinesfalls aber können sie Tausende von Gefährdern, die schon unter uns leben, daran hindern, einen Anschlag zu begehen.

Es ist –neben allen anderen wichtigen Faktoren- vor allem auch ein zahlenmäßiges Problem.

Wenn man zulässt, dass annähernd eine Million Menschen mehr oder weniger unkontrolliert nach Deutschland kommen, von denen wir in vielen Fällen weder Herkunft, noch Name, Alter oder Absichten kennen, dann ist das schon zahlenmäßig nicht zu bewältigen.

Auch heute –Monate nach dem Hoch des Flüchtlingsstroms- wissen wir von sehr vielen Menschen, die unter uns leben, praktisch nichts.

Von sehr vielen wissen wir auch nicht, wo sie sich aufhalten, was sie tun, welchen Einflüssen sie unterliegen und in welchem Umfang sie bspw. deshalb gefährlich sind, weil sie schwer traumatisiert sind.

Wäre bei geschlossenen Grenzen bspw. nur ein Zehntel dieser Menschen zu uns gekommen, dann wäre es sicher besser möglich gewesen, sich um diese Menschen „zu kümmern“. Und zwar nicht nur aus rein sicherheitspolitischer Sichtweise, sondern vor allem auch aus Gründen der Humanität.

So aber lässt man die Behörden“ absaufen“- Sie rennen der Entwicklung hoffnungslos hinterher.

Und deshalb brauchen die Sicherheitsbehörden und die Gefahrenabwehrbehörden in Europa, in Deutschland und in Hessen eine Phase der Konsolidierung.

Sie brauchen wieder die Durchführung konsequenter Grenzkontrollen, sie brauchen die Harmonisierung der Sicherheitsgesetze in der EU, sie brauchen den Abbau von Schnittstellen und Hindernissen beim Austausch von wichtigen Informationen und Erkenntnissen und sie brauchen politische Entscheidungen auf der europäischen und deutschen Ebene, die ihnen die Arbeit ermöglichen und erleichtern.

Der Landesvorstand

Darmstadt, 12.08.2016

**DPoIG – wir können was wir tun!**

V.i.S.d.P.: Heini Schmitt

DPoIG -Landesverband Hessen-, Otto-Hesse-Str. 19 T/3, 64293 Darmstadt; Tel. 06151 / 2 79 45 00; Fax 06151 / 2 79 45 02

Email: [kontakt@dpolg-hessen.de](mailto:kontakt@dpolg-hessen.de) Homepage: [www.dpolg-hessen.de](http://www.dpolg-hessen.de)

Bankverbindung: BBBank Karlsruhe / IBAN DE29 6609 0800 0004 3784 90 / BIC GENODE61BBB